

1997

Ausgegeben zu Bonn am 23. Januar 1997

Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
20. 11. 96	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Umweltschutz, Natürliche Ressourcen und Forstwesen der Republik Polen und dem Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik über den Austausch von Immissionsdaten der Luftbelastung im „Schwarzen Dreieck“	54
5. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	158
9. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates sowie über die Änderung ihres Artikels 26	159
9. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern	160
9. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	161
10. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR	161
10. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	162
10. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	163
10. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC) ...	163
12. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen	164

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten die Titelblätter für die Bände 1 und 2, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 1996 des Bundesgesetzblatts Teil II beigelegt.

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises B (Völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands), abgeschlossen am 31. Dezember 1996, gesondert übersandt.

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Umweltschutz,
Natürliche Ressourcen und Forstwesen der Republik Polen
und dem Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik
über den Austausch von Immissionsdaten der Luftbelastung im „Schwarzen Dreieck“**

Vom 20. November 1996

Die in Most am 17. September 1996 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Umweltschutz, Natürliche Ressourcen und Forstwesen der Republik Polen und dem Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik über den Austausch von Immissionsdaten der Luftbelastung im „Schwarzen Dreieck“ ist nach ihrem Artikel 8

am 17. September 1996

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. November 1996

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Lietzmann

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Umweltschutz,
Natürliche Ressourcen und Forstwesen der Republik Polen
und dem Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik
über den Austausch von Immissionsdaten der Luftbelastung im „Schwarzen Dreieck“**

Das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland

und

der Minister für Umweltschutz,
Natürliche Ressourcen und Forstwesen
der Republik Polen

und

das Ministerium für Umwelt
der Tschechischen Republik –

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet
des Umweltschutzes zu festigen und zu vertiefen,

in Ausfüllung der Ministererklärung vom 29. April 1993 in
Luzern zum Programm „Schwarzes Dreieck“,

eingedenk der Notwendigkeit, eine sichere Grundlage für den
Austausch von Immissionsdaten im „Schwarzen Dreieck“ zu
schaffen –

sind wie folgt übereingekommen:

im Rahmen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der
Bundesrepublik Deutschland, der Republik Polen und der Tsche-
chischen Republik und der bestehenden Abkommen auf dem
Gebiet des Umweltschutzes,

Artikel 1

Die Vertragsparteien verpflichten sich zum gegenseitigen Aus-
tausch von Immissionsdaten der Luftbelastung für das Gebiet

des „Schwarzen Dreiecks“, wie es in der Anlage 1 zu dieser Vereinbarung definiert ist.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, im „Schwarzen Dreieck“ Immissionsmeßnetze zur kontinuierlichen Messung und Speicherung von Daten zu betreiben. Die Meßstationen dieser Meßnetze, deren Daten zwischen den Vertragsparteien ausgetauscht werden, sind in der Anlage 2 zu dieser Vereinbarung aufgeführt.

(2) Die Vertragsparteien benennen innerhalb eines Zeitraums von einem Monat nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Einrichtungen, die den Betrieb der Meßnetze und den Austausch der Daten vornehmen werden.

Artikel 3

Gegenstand des Austauschs sind die Meßdaten der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid (SO₂), Schwebstaub, Stickoxide (NO₂ und NO), Kohlenmonoxid (CO) und Ozon (O₃) sowie die meteorologischen Parameter Windrichtung, Windgeschwindigkeit, Lufttemperatur und Sonnenstrahlung (Globalstrahlung). Weitere Schadstoffkomponenten sowie Parameter, über die Meßdaten auszutauschen sind, werden von der nach Artikel 5 zu bildenden Arbeitsgruppe festgelegt.

Artikel 4

(1) Die an den in der Anlage 2 zu dieser Vereinbarung genannten Meßstationen gemessenen und gespeicherten Daten werden den jeweiligen beiden anderen Einrichtungen, die nach Artikel 2 Absatz 2 benannt wurden, entsprechend der Anlage 3 Nummer 3 zu dieser Vereinbarung übermittelt.

(2) Die Rahmenbedingungen für die qualitativen Anforderungen an die Messung der Daten, die Art der Meßdaten, die Art der Datenübermittlung, die Speicherung der Meßdaten und die Auswertung der Daten sind in der Anlage 3 zu dieser Vereinbarung festgelegt.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien richten hiermit eine Arbeitsgruppe ein. Jede Vertragspartei entsendet zwei Vertreter in diese Arbeitsgruppe. Bei Bedarf kann die Arbeitsgruppe Experten hinzuziehen.

(2) Der Vorsitz in der Arbeitsgruppe wechselt jedes Kalenderjahr nach dem Rotationsprinzip unter den Vertragsparteien. Die Arbeitsgruppe trifft mindestens einmal im Jahr auf dem Hoheitsgebiet der vorsitzenden Seite zusammen, wobei die vorsitzende Partei die Sitzung im Einvernehmen mit den anderen beiden Vertragsparteien einberuft. Jede Vertragspartei trägt die mit der Tätigkeit ihres Teils der Arbeitsgruppe verbundenen Kosten.

(3) Die Arbeitsgruppe präzisiert die nach den Artikeln 3, 4 und nach der Anlage 3 zu dieser Vereinbarung festgelegten Rahmenbedingungen in Abhängigkeit vom Bedarf und dem Stand des Ausbaus der in Anlage 2 zu dieser Vereinbarung genannten Meßstationen in gesonderten Protokollen und erarbeitet zusammenfassende Berichte über die Immissionssituation der Luftbelastung im „Schwarzen Dreieck“.

Artikel 6

Die Anlagen 1, 2 und 3 bilden einen untrennbaren Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 7

Diese Vereinbarung kann nur schriftlich im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert werden.

Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 9

Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung kann sie von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Geschehen zu Most am 17. September 1996 in drei Urschriften, jede in deutscher, polnischer und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland
Ulrich Klinkert

Für den Minister für Umweltschutz,
Natürliche Ressourcen und Forstwesen
der Republik Polen
Adam Mierzwinski

Für das Ministerium für Umwelt
der Tschechischen Republik
Vladimir Novotny

Anlage 1**Gebiet des „Schwarzen Dreiecks“**

Bundesrepublik Deutschland

Regierungsbezirk Chemnitz

Regierungsbezirk Dresden

Republik Polen

Wojewodschaft Jelenia Góra

Wojewodschaft Wałbrzych

Tschechische Republik

Kreis Sokolov

Kreis Karlovy Vary

Kreis Chomutov

Kreis Most

Kreis Teplice

Kreis Ústí nad Labem

Kreis Děčín

Kreis Česká Lípa

Kreis Jablonec

Kreis Semily

Kreis Trutnov

Anlage 2**Immissionsmeßstationen im „Schwarzen Dreieck“**

Bundesrepublik Deutschland

Annaberg

Aue

Auerbach

Carlsfeld

Fichtelberg

Görlitz

Klingenthal

Mittelndorf

Pirna

Plauen

Zinnwald

Zittau

Republik Polen

Czerniawa

Czarna Góra

Działoszyn

Jeleniów

Rozdroże Izerskie

Sokolec

Spalona

Śnieżne Kotły

Witków

Wień

Tschechische Republik

Albrechtice u Frýdlantu

Chabařovice

Cheb

Děčín

Fláje

Frýdlant-Údolí

Hrádek nad Nisou

Karlovy Vary

Krupka

Libverda

Měděnec

Most

Nová Ves v Horách

Přebuz

Sněžník

Sokolov

Souš

Stráž nad Ohří

Tušimice

Ústí nad Labem

Valdek

Anlage 3**Rahmenbedingungen****(1) Messung und Speicherung der Daten**

Die Messung der Konzentrationen der Luftschadstoffe an den in der Anlage 2 genannten Meßstationen erfolgt kontinuierlich, die Speicherung der Daten in Form von Halbstundenmittelwerten (Zeitbasis UTC). Im übrigen werden die Meßintervalle und Mittlungszeiträume von der nach Artikel 5 gebildeten Arbeitsgruppe festgelegt.

(2) Art der Meßdaten

- a) Aktuelle Meßdaten: Es handelt sich um nicht-validierte Meßdaten, die nur einen vorläufigen Charakter haben und die lediglich zu einer ersten und schnellen Information zur aktuellen Immissionssituation dienen. Soweit diese Daten veröffentlicht werden, ist darauf hinzuweisen, daß es sich um nicht-validierte Meßdaten handelt.
- b) Validierte Meßdaten: Dies sind überprüfte Meßdaten, in denen alle notwendigen Korrekturen eingearbeitet sind.
- c) Ausfalldaten: Die Ursache für den Ausfall von Daten wird mittels einer entsprechenden Kennung mitgeteilt. Die Arbeitsgruppe legt die Grundsätze der Kennung fest. Die Vertragsparteien streben eine monatliche Mindestverfügbarkeit von 90 vom Hundert der Daten an.

(3) Übermittlung der Meßdaten

Der Austausch der aktuellen Meßdaten erfolgt unter Berücksichtigung der gegebenen technischen Bedingungen der Anfangsphase:

- stündlich
 - zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen,
 - von der Bundesrepublik Deutschland nach der Tschechischen Republik
- dreistündlich
 - zwischen der Republik Polen und der Tschechischen Republik,
 - von der Tschechischen Republik nach der Bundesrepublik Deutschland.

Der stündliche Datenaustausch wird von der Arbeitsgruppe festgelegt, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Periodizität und Umfang des Austausches der validierten Meßdaten werden von der Arbeitsgruppe festgelegt.

(4) Speicherung der Meßdaten

Die aktuellen Meßdaten werden nur für einen Zeitraum von einem Monat gespeichert. Diese Daten sind innerhalb dieses Zeitraums zu validieren.

(5) Auswertung der Daten

Die Auswertung und der Gebrauch der Daten werden von der Arbeitsgruppe festgelegt.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 5. Dezember 1996

I.

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) wird nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Kirgisistan am 7. Januar 1997
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen
Erklärung, wonach Kirgisistan nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des
Abkommens die in Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte

(Übersetzung)

"events occurring before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951
eingetreten sind"

in dem Sinne versteht, daß es sich um

(Übersetzung)

"events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951
in Europa oder anderswo eingetreten sind"

handelt,

in Kraft treten.

II.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Kirgisistan am 8. Oktober 1996
in Kraft getreten.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat mit Zirkularnote vom 9. September 1996 mitgeteilt, daß die vom Vereinigten Königreich notifizierte Anwendung des Protokolls auf Jersey nicht, wie ursprünglich notifiziert, mit Wirkung vom 20. Februar 1996, sondern vielmehr mit Wirkung vom 20. Mai 1996 erfolgte (vgl. die Bekanntmachung vom 1. Juli 1996, BGBl. II S. 1192).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Juli 1996 (BGBl. II S. 1192).

Bonn, den 5. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates
sowie über die Änderung ihres Artikels 26**

Vom 9. Dezember 1996

Kroatien ist der Satzung des Europarates vom 5. Mai 1949 (BGBl. 1950 S. 263; 1954 II S. 1126) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1996 (BGBl. II S. 479) beigetreten. Der Beitritt Kroatiens ist nach Artikel 4 der Satzung am 6. November 1996 wirksam geworden.

Die Zahl der Vertreter Kroatiens in der Beratenden Versammlung wurde auf 5 festgesetzt. Die hierdurch erforderliche Änderung des Artikels 26 der Satzung ist nach Zustimmung des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung gemäß Artikel 41 Abs. d der Satzung am 6. November 1996 in Kraft getreten. Der Wortlaut des geänderten Artikels 26 in der derzeit gültigen Fassung wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. März 1996 (BGBl. II S. 479).

Bonn, den 9. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

(Übersetzung)

"Article 26		"Article 26		„Artikel 26	
Members shall be entitled to the number of Representatives given below:		Les membres ont droit au nombre de sièges suivants:		Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:	
Albania	4	Albanie	4	Albanien	4
Andorra	2	Andorre	2	Andorra	2
Austria	6	Autriche	6	Österreich	6
Belgium	7	Belgique	7	Belgien	7
Bulgaria	6	Bulgarie	6	Bulgarien	6
Croatia	5	Croatie	5	Kroatien	5
Cyprus	3	Chypre	3	Zypern	3
Czech Republic	7	République tchèque	7	Tschechische Republik	7
Denmark	5	Danemark	5	Dänemark	5
Estonia	3	Estonie	3	Estland	3
Finland	5	Finlande	5	Finnland	5
France	18	France	18	Frankreich	18
Germany	18	Allemagne	18	Deutschland	18
Greece	7	Grèce	7	Griechenland	7
Hungary	7	Hongrie	7	Ungarn	7
Iceland	3	Islande	3	Island	3
Ireland	4	Irlande	4	Irland	4
Italy	18	Italie	18	Italien	18
Latvia	3	Lettonie	3	Lettland	3
Liechtenstein	2	Liechtenstein	2	Liechtenstein	2
Lithuania	4	Lituanie	4	Litauen	4
Luxembourg	3	Luxembourg	3	Luxemburg	3
Malta	3	Malte	3	Malta	3
Moldova	5	Moldova	5	Moldau, Republik	5
Netherlands	7	Pays-Bas	7	Niederlande	7
Norway	5	Norvège	5	Norwegen	5
Poland	12	Pologne	12	Polen	12
Portugal	7	Portugal	7	Portugal	7
Romania	10	Roumanie	10	Rumänien	10
Russia	18	Russie	18	Russische Föderation	18
San Marino	2	Saint-Marin	2	San Marino	2
Slovakia	5	Slovaquie	5	Slowakei	5
Slovenia	3	Slovénie	3	Slowenien	3
Spain	12	Espagne	12	Spanien	12
Sweden	6	Suède	6	Schweden	6
Switzerland	6	Suisse	6	Schweiz	6
"the former Yugoslav Republic of Macedonia"	3	«l'ex-République yougoslave de Macédoine»	3	„die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“	3
Turkey	12	Turquie	12	Türkei	12
Ukraine	12	Ukraine	12	Ukraine	12
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	18"	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	18"	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	18"

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Adoption von Kindern**

Vom 9. Dezember 1996

Das Europäische Übereinkommen vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093) ist nach seinem Artikel 21 Abs. 3 für

Polen am 22. September 1996
nach Maßgabe des nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikations-
urkunde angebrachten Vorbehalts

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

«Conformément à l'article 25, paragraphe 1, de la Convention européenne en matière d'adoption des enfants, la République de Pologne se réserve d'appliquer, au lieu de l'exigence de l'âge minimum de l'adoptant, prévue dans l'article 7, paragraphe 1, de la Convention, la condition de la pleine capacité civile en vigueur en droit polonais, ce qui signifie que la personne qui n'a pas atteint l'âge de 21 ans peut, au moins théoriquement, adopter un enfant.»

„Im Einklang mit Artikel 25 Absatz 1 des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern behält sich die Republik Polen vor, statt des in Artikel 7 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Erfordernisses eines Mindestalters des Annehmenden das Erfordernis der vollen Geschäftsfähigkeit anzuwenden, das im polnischen Recht in Kraft ist; das bedeutet, daß eine Person, die noch nicht 21 Jahre alt ist, zumindest theoretisch ein Kind annehmen kann.“

Polen hat nach Artikel 26 des Übereinkommens die nachstehende Behörde benannt, der die in Artikel 14 vorgesehenen Ersuchen übermittelt werden können:

„Ministère de la Justice
Aleje Ujazdowskie 11
00-950 Varsovie“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. September 1996 (BGBl. II S. 2530).

Bonn, den 9. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 9. Dezember 1996

Polen hat dem niederländischen Außenministerium in seiner Eigenschaft als Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) am 22. Oktober 1996 folgende Berichtigung des Wortlauts der von Polen anlässlich der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde zu dem Übereinkommen abgegebenen Erklärungen notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 28. August 1996, BGBl. II S. 2494):

(Übersetzung)

"Article 2, paragraph 1 – 'The Central Authority designated to receive Letters of Request coming from a judicial authority of another Contracting State shall be the Ministry of Justice.'

Article 8 – 'The Authority designated to issue a prior authorization shall be the Ministry of Justice.'

Articles 24 and 27(a) – 'Other authorities (in addition to the Central Authority) designated to receive request shall be the voivodship courts.'"

„Artikel 2 Absatz 1: ‚Die zur Entgegennahme von Rechtshilfeersuchen, die von einer gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats ausgehen, bestimmte Zentrale Behörde ist das Justizministerium.‘

Artikel 8: ‚Die zur Erteilung einer vorherigen Genehmigung bestimmte Behörde ist das Justizministerium.‘

Artikel 24 und Artikel 27 Buchstabe a: ‚Weitere zur Entgegennahme von Ersuchen bestimmte Behörden (außer der Zentralen Behörde) sind die Wojewodschaftsgerichte.‘"

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. August 1996 (BGBl. II S. 2494).

Bonn, den 9. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR**

Vom 10. Dezember 1996

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR (BGBl. 1979 II S. 445) wird nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für

Tadschikistan

am 11. März 1997

Turkmenistan

am 18. März 1997

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. August 1996 (BGBl. II S. 2473).

Bonn, den 10. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Vom 10. Dezember 1996

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Japan

am 14. Januar 1996

in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 15. Dezember 1995 hatte Japan folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

"In applying the provisions of paragraphs (a) and (b) of article 4 of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, Japan fulfills the obligations under those provisions to the extent that fulfilment of the obligations is compatible with the guarantee of the rights to freedom of assembly, association and expression and other rights under the Constitution of Japan, noting the phrase 'with due regard to the principles embodied in the Universal Declaration of Human Rights and the rights expressly set forth in article 5 of this Convention' referred to in article 4."

„Mit der Anwendung des Artikels 4 Buchstabe a und b des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung erfüllt Japan die Verpflichtungen aus diesen Bestimmungen in dem Umfang, in dem die Erfüllung der Verpflichtungen mit der Gewährleistung des Rechts auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sowie anderer Rechte aufgrund der japanischen Verfassung vereinbar ist, in Kenntnis der Worte in Artikel 4 „unter gebührender Berücksichtigung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegten Grundsätze und der ausdrücklich in Artikel 5 des vorliegenden Übereinkommens genannten Rechte“."

II.

Die Slowakei hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 17. März 1995 notifiziert, daß sie die Zuständigkeit des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung nach Artikel 14 Abs. 1 des Übereinkommens anerkennt (vgl. die Bekanntmachung vom 14. März 1994 – BGBl. II S. 404).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. August 1996 (BGBl. II S. 2505).

Bonn, den 10. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 10. Dezember 1996

Das Internationale Übereinkommen von 1974 vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1979 II S. 141; 1983 II S. 784; 1985 II S. 794; 1986 II S. 734; 1989 II S. 905; 1992 II S. 58; 1993 II S. 2317) ist nach seinem Artikel X Buchstabe b für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Madagaskar

am 7. Juni 1996

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Juli 1996 (BGBl. II S. 1475).

Bonn, den 10. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs
und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC)**

Vom 10. Dezember 1996

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC) – BGBl. 1994 II S. 979 – ist nach seinem Artikel 10 Abs. 3 für die

Türkei

am 3. Dezember 1996

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. April 1996 (BGBl. II S. 661).

Bonn, den 10. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolitarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,85 DM (2,80 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,85 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1996 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung
bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen
sowie über die Vernichtung solcher Waffen**

Vom 12. Dezember 1996

I.

Das Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1983 II S. 132) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Georgien	am 22. Mai 1996
Turkmenistan	am 11. Januar 1996.

Georgien hatte seine Beitrittsurkunde am 22. Mai 1996 in London hinterlegt; Turkmenistan hatte seine Beitrittsurkunde am 11. Januar 1996 in Moskau und am 8. März 1996 in Washington hinterlegt.

II.

Kroatien hat dem Verwahrer in Washington am 28. April 1993 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 19. Mai 1983 (BGBl. II S. 436) und vom 15. Juli 1996 (BGBl. II S. 1217).

Bonn, den 12. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg